



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/RS. August 1957

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 24831-33

Fernschreiber 0886890

Zu den Abrüstungsverhandlungen in London	S. 1
Polnische Angstkomplexe	S. 2
Wer vertritt die Mittelschichten?	S. 3
Willi Bickler: Notwendige Auseinandersetzung mit Adenauer	S. 4

## Weiterverhandeln!

G.M. In London tritt jetzt bei den Abrüstungsverhandlungen zwangsläufig eine Pause ein, weil Moskau nunmehr zu dem von Außenminister Dulles im Namen der Westmächte vorgelegten Plan zur Einrichtung einer Inspektionszone Stellung nehmen muss. Die Vorgeschichte der westlichen Einigung auf den Dulles-Vorschlag ist noch recht undurchsichtig. Sie wird eines Tages bekannt werden und dann wird man wissen, wer die Hindernisse in den Weg gelegt hat, die in den letzten Wochen unter den NATO-Mächten zu recht erheblichen Meinungsverschiedenheiten geführt haben. Es gibt nicht wenige Anzeichen dafür, dass Dulles mit dem ganzen Gewicht der amerikanischen Potenz auftreten musste, um einige seiner NATO-Freunde auf Vordermann zu bringen.

Nach den ersten Bemerkungen des russischen Delegationsführers Sorin zu schliessen, scheint man in Moskau von dem westlichen Vorschlag nicht begeistert zu sein. Wie Dulles vor seinem Abflug aus London aber selbst erklärte, ist der Grund hierfür in dem Bestreben der Sowjetunion zu suchen, mit den Westmächten in der Frage der Atomwaffen zu einem Übereinkommen zu gelangen. Die Sowjetunion habe immer - so meinte Dulles - darauf bestanden, alle Atomwaffen abzuschaffen. Wissenschaftler seien jedoch der Ansicht, dass es für derartige Massnahmen keine sichere Kontrolle gebe. Deswegen strebe der Westen den Abschluss eines Abkommens zur Kontrolle besonders der atomaren Rüstung an.

Nun, die Meinungen der Wissenschaftler über die Möglichkeit der Kontrolle einer Lagerung von Atomwaffen oder von Atomwaffenversuchen ohne Luftinspektionszone gehen auseinander. Es ist allerdings bemerkenswert, dass in den jetzt vorgelegten westlichen Vorschlägen die Frage eines Verbots von Atomwaffen nicht angesprochen wird.

Die Sowjetunion ist heute eine Weltmacht. Wenn man mit der Abrüstung einen Schritt weiterkommen will, wird man diesen Tatbestand registrieren müssen. Die militärische Macht der Sowjetunion ist nicht - la -

gering und ihr wirtschaftliches Potential, besonders in Verbindung mit China, dürfte in wenigen Jahren das Weltbild mitbestimmen, wenn es dies nicht schon jetzt tut. Angesichts dieses Tatbestandes, den man jenseits von allen ideologischen Überlegungen sehen muss, gibt es zur Lösung aller mit der Politik der Sowjetunion in Zusammenhang stehenden Fragen zwei Möglichkeiten. Entweder man operiert mit der sogenannten Politik der Stärke, versucht die Sowjetunion mit militärischem Druck einzuschüchtern und verstrickt sich damit unausweichlich in einen gigantischen Rüstungswettlauf mit der Perspektive eines dritten Weltkrieges - oder aber, man lässt nicht nach, jenen Weg zu suchen, der politisch, militärisch und wirtschaftlich auch der Weltmacht Sowjetunion gangbar erscheint. Das ist die Realität der heutigen Weltpolitik. Wer sie nicht sieht, spielt mit dem Gedanken der gewaltsamen Auseinandersetzung, von der wir alle wissen, dass es nach ihr keine "Sieger" und "Besiegte" geben wird.

Von Deutschland aus gesehen bedeutet dies, dass unsere Politik alles fördern muss, was weitere Abrüstungsverhandlungen mit dem Ziele, positive Ergebnisse zu erreichen, begünstigt. Die geographische Lage Deutschlands bietet hierzu zahlreiche Möglichkeiten. Geradezu wahnwitzig wäre es aber, die Kurzschlusstaktik zu befolgen, die mit ideologischen Postulaten liebäugelt und allzu leicht vor den politischen Realitäten die Augen verschlieset. Die Politik der Sowjetunion, das praktische Verhalten der Sowjetführer bietet hierfür zahlreiche Möglichkeiten. Das kommunistische System und seine Innen- und Aussenpolitik verlocken manchen Politiker der freiheitlichen Welt zu gefühlbetonten Reaktionen.

Trotzdem muss der Westen im Interesse der Menschheit - und weil die Freiheit nur im Frieden leben kann - bei aller Wachsamkeit stets die Politik mit der Sowjetunion suchen, die nach menschlichem Ermessen die grösste Chance für die Erhaltung des Friedens bietet. Deshalb: Trotz aller pessimistischer Überlegungen, die auch bei uns hier in Deutschland im Zusammenhang mit den Londoner Verhandlungen über die Abrüstung gelegentlich angestellt werden - weiterverhandeln!

Eindrücke einer Studentendelegation

sp - Eine Abordnung Göttinger Studenten hat sich einige Wochen in Polen aufgehalten. Sie kam mit allen Schichten der polnischen Bevölkerung in Berührung, sie führte Gespräche mit Kommunisten und Nichtkommunisten und bereiste das Land in allen Richtungen. Die wissbegierigen Studenten fanden überall offene Türen, sie wurden überrascht durch die freundliche Aufnahme und Zuverlässigkeit, mit der man ihnen begegnete.

Zwei Hauptindrücke blieben bei den Studenten haften. Nirgendwo stießen sie auf Deutschfeindlichkeit, wohl aber überall auf die Sorge vor einem Wiedererwachen des deutschen Militarismus und Faschismus. Andere Polenreisende haben die gleiche Beobachtung gemacht. Die Furcht vor einer militärischen und faschistischen Entwicklung in der Bundesrepublik beherrscht das Denken und die Gefühle der Polen.

Von deutscher Seite besteht kein Anlass, über diesen Furchtkomplex zu spötteln. Er ist eine Realität. Die deutsche Politik hat mit ihm zu rechnen. Politik wird ja von den Vorstellungen bestimmt, die sich ein Volk über andere Völker bildet. Bei den Polen sind es die düsteren Schatten einer schrecklichen Vergangenheit - die Besetzung Polens durch das Dritte Reich liegt erst 12 Jahre zurück - die das Deutschlandbild formen. Gewiss mag die stalinistische Propaganda zu diesem Zerrbild über Deutschland sehr viel beigetragen haben, aber es ist eben nicht zu übersehen, dass auch nichtkommunistische Polen der Furcht vor einer Wiederkehr des deutschen Faschismus unterliegen. Der Stalinismus sah in der Aufpeitschung der nationalen Leidenschaften ein Mittel, die slavischen Nachbarn Deutschlands stärker an die Moskauer Kandare zu nehmen. Deshalb ermunterte Stalin nach 1945 die Polen und Tschechen, Millionen von Deutschen zu vertreiben, weil er hoffen konnte, dass damit eine unüberwindbare Kluft zwischen Deutschen und seinen östlichen Nachbarn aufgerissen werde.

Diese Spekulation ging nicht in Erfüllung. Zwölf Jahre nach dem Zusammenbruch hat die Deutschfeindlichkeit ihre Intensität verloren, besteht bei dem polnischen und dem tschechischen Volk der Wunsch, mit dem ganzen deutschen Volk in friedlicher Nachbarschaft zu leben. Die Bonner Politik sollte sich einem solchen Verlangen nicht verschließen, sie sollte auch alles unterlassen, was der zur Verständigung bereiten Kräften in Warschau und Prag Abbruch tun könnte. Die Verweigerung der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit diesen Staaten lässt sich nicht mehr rechtfertigen. Man muss erst ins Gespräch kommen, wenn man Missverständnisse bereinigen will.

Die Aufnahme diplomatischer Kontakte mit Prag und Warschau und die Pflege allseitiger Beziehungen auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet sind unerlässlich. Sie könnten ihren Teil dazu beitragen, Polen und Tschechen zu überzeugen, dass ihr Bild von einer auf Aggression ausgehenden Bundesrepublik mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmt.

"Mittelständler" und Parlament

H.B. Gewerbeverbände, Innungen, Handelsfachverbände und nicht zuletzt der "Mittelstandsblock" fordern ihre Mitglieder immer wieder dazu auf, in den politischen Parteien dafür einzutreten, dass "Mittelständler" als Kandidaten aufgestellt werden und in die Parlamente hineinkommen. Die kürzlich an den Tag gekommenen Machenschaften der CDU, sich die günstige Placierung ihrer Bundestagskandidaten hoch bezahlen zu lassen - Tatsachen politischer Korruption, die von Fachvertretern des Handels und Handwerks bestätigt wurden -, geben Anlass, sich einmal grundsätzlich mit dem Problem zu befassen, wie eine politische Vertretung der selbständigen Mittelschichten auszu- sehen hat.

Es ist ein verzeihlicher Irrtum derer, die die Praxis der "Gesetzesmacherei" nicht genügend kennen, zu glauben, die berechtigten Forderungen einer Berufsgruppe könnten ausschliesslich durch Angehörige dieser Gruppe im Parlament vertreten werden. Das ist einmal ein Rest aus dem Ständedenken vergangener Zeiten. Das ist zum anderen einfach falsch. Es ist nämlich nicht einmal sicher, dass der Angehörige des Mittel-"Standes" die Interessen seiner Gruppe wahrnimmt, nur weil er zufällig Geschäftsinhaber ist. Umgekehrt hat zum Beispiel Hermes, der langjährige Präsident des Deutschen Bauernverbandes, nie in seinem Leben ein Ackergrundstück besessen und trotzdem Bauerninteressen vertreten. Darüber hinaus ist es einfach unmöglich, von der gesamten Wählerschaft zu verlangen, den Vertreter eines bestimmten Berufs zu wählen oder mitzuwählen, nur weil er Gruppenvertreter ist. Schliesslich ist es keineswegs von vornherein sicher, dass ein befähigter Lebensmittelkaufmann auch ein guter Parlamentarier und Gesetzgeber ist.

Sicherlich hat die der Zahl nach starke mittelschichtige Bevölkerungsguppe genau das gleiche Recht wie jede andere Gruppe auf Organisationen, die ihre Wünsche vertreten und durchzusetzen suchen. Die Arbeitnehmer haben ihre Gewerkschaften, Industrie- und Landwirtschaft haben ihre kapitalkräftigen und lobby-geeichten Organisationen. Handwerk, Handel, Gewerbe und freie Berufe jedoch haben dem auf ihrem eigenen Felde durchaus etwas gegenüberzustellen, nämlich eben ihre fachlichen Verbände. Diese Verbände werden bei sie betreffenden Gesetzesvorlagen von den Parlaments-Ausschüssen gehört, ist es nicht ebenfalls richtiger, wenn die Fachverbände Ausschüsse für die im Parlament anstehenden Fragen bilden, die sich dann an die Sachausschüsse der einzelnen Parteien wenden. Vielleicht könnten sich die Verbände auf diese Weise mehr als bisher Gehör verschaffen.

Unbestritten dürfte sein, dass die Mittelschichten beim sogenannten deutschen Wirtschaftswunder, der Steuer- und Finanzpolitik der von der CDU getragenen Bundesregierung zu kurz gekommen sind. Das liegt aber nicht an der mehr oder weniger starken "Mittelstandsvertretung" im Parlament, sondern an der allgemeinen Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung Adenauer, die in den vergangenen Jahren ganz eindeutig die Interessen der grossen Kapitalgesellschaften und Kapitalbesitzer bevorzugt vertreten hat.

## Das Unglück Deutschlands

Von Willi Eichler

Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der SPD

Als im Jahre 1945, nach Beendigung des Krieges, in England ein neues Parlament gewählt wurde, da behauptete Winston Churchill im Wahlkampf, sein Rivale Clement Attlee von der Labour Party würde nach einem Sieg seiner Partei eine Art von Gestapo einrichten, um auf diese Weise den Sozialismus zu sichern. Obwohl sich Churchill zu dieser Zeit als anerkannter langjähriger Führer der Nation großer Popularität erfreute, wurde er nach diesem Ausspruch schlicht ausgelacht. Denn das englische Volk war politisch hinreichend gebildet, um zu erkennen, daß diese aus der Luft gegriffene Beschimpfung nur mangels wirklicher Argumente gegen die Politik der Labour Party möglich war. Im Geist von Winston Churchill war die Vorstellung unerträglich, daß die Nation der Führung von Sozialisten anvertraut werden sollte, wie er auch niemals den Sinn des Freiheitskampfes der Inder begriffen hat.

Herr Dr. Adenauer hat, in ähnlicher klassenpolitischer Verblendung und Herrschsucht und weil ihm kein politisches Argument gegen die Politik der SPD einfiel, orakelt, ein Sieg der SPD in den kommenden Bundestagswahlen würde den Untergang Deutschlands bedeuten.

" Mit allen Mitteln....."

Der Sinn unserer und jeder Demokratie beruht darauf, daß Parteien mit verschiedenen Programmen einander in der Regierung ablösen können, deren Form und rechtliche Grundlage sie bejahen, - und daß der Wähler über Güte oder Mängel dieser Programme im Rahmen der Demokratie nach seinem Urteil und nach seiner Erfahrung entscheiden soll. Wenn jetzt Herr Adenauer, wie schon früher sein Wunderprofessor Erhard, der SPD geradezu die sittliche Legitimität zur Regierungsbildung bestreitet, dann beweist das nur, daß ihm - wie Herrn Churchill 1945 - die bloße Vorstellung schon unmöglich ist, die Ära Adenauer könne durch einen Sieg der SPD abgelöst werden.

Nehmen wir diese Bemerkung Adenauers so, wie er sie gemacht hat - und man muß sie so nehmen, dann heißt das, daß er die Demokratie praktisch und theoretisch liquidiert hat: es gibt kein Heil außerhalb der CDU! Und wenn er wirklich bei einem Sieg der SPD Deutschlands Untergang vor Augen sieht, wird er dann nicht noch mehr undemokratische Methoden anwenden? Wie jetzt schon zum Beispiel die Aktivität der undurchsichtigen Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise, oder den Einsatz seines noch weniger durchsichtigen "Reptilienfonds" aus öffentlichen Geldern? Wird er vielleicht auf "Notverordnungen" verfallen, wie sein ehemaliger Parteifreund in Weimar, der dafür die "Präsidential-Kabinette" erfand! Adenauers Bemerkung, die er später ausdrücklich bestätigte, kann vieles bedeuten, - vor allem, wenn man hinzunimmt, daß er "mit allen Mitteln verhindern" will, daß die SPD zur Macht kommt. Was heißt hier "mit allen Mitteln?"

Man soll - so schwer es fällt - diese Aussprüche ernst nehmen. Adenauer ist zu klug, um einfach zu entgleisen. Er hat in seiner Verleumdungsaktion gegen die SPD-Kandidaten Schroth und Scharley 1953 gezeigt, wie bedenkenlos er mit Menschen und mit der Wahrheit umgehen kann; er hat seine völlig grundlosen Behauptungen erst nach der Wahl zurückgenommen, sich dann seiner Geschicklichkeit öffentlich, im Bundestag gerühmt, hat vor einigen Monaten im Bundestag versprochen, über die Anklage gegen die damaligen "Dokumentenlieferer" zu berichten - und hat das bis heute nicht getan. Er hat als "Begründung" für seinen Kernspruch vom Untergang des deutschen Volkes das Märchen wiederholt, die SPD wolle die Bundesrepublik aus der Nato herauslösen und Deutschland "neutralisieren", obwohl er das selber nicht glaubt. Er setzt also alles auf eine Karte und diese ist nicht das Grundgesetz - das keine "legitimen" und "illegitimen", sondern nur demokratische Parteien kennt.

### Notwendiger Geschichtsunterricht

Freilich handelt es sich hier nicht nur um Herrn Adenauer - und damit sind wir bei den Kräften, die ein Volk wirklich zugrunde richten können.

Deutschland ist zweimal in Gefahr gewesen, unterzugehen: durch den ersten Weltkrieg und durch den zweiten. In den ersten Weltkrieg ist es mit den anderen Mächten "hineingeschliddert", weil der Kaiser, das deutsche Heer und die herrschenden Klassen davon überzeugt waren, das am deutschen Wesen die Welt genesen müßte. Die Königsberger Rede des Kaisers, in der er sich selbst als das Instrument des Himmels anpries, sein irres Interview, das er dem "Daily Telegraph" gab, die Sturheit seiner Flotterpolitik und das "Viel Feind' viel Ehr'" schufen geradezu gewaltsam die Koalition Frankreich - Rußland - England, die 1918 den Zusammenbruch des Kaiserreiches bewirkte, nachdem die annexionistischen Pläne der deutschen Eisenhüttenindustrie auf das Erzbecken von Briey und Longwy einen Verständigungsfrieden unmöglich gemacht und die politische Kriegführung nicht hätte verhindern können, daß auch Amerika in den Krieg eintrat.

Es waren die Sozialdemokraten, die "vaterlandslosen Gesellen", die den deutschen Karren aus dem Dreck zu ziehen hatten: Herr Ludendorff setzte sich nach Schweden ab, der Kaiser nach Holland - und die Sozialdemokraten hatten alle Hände voll zu tun, das Deutsche Reich halbwegs zusammenzuhalten und den Separatisten am Rhein das Handwerk zu legen. Die Sozialdemokraten waren leider viel zu großzügig den Verderbern Deutschlands gegenüber, die sich alsbald zum Gegenschlag gegen die demokratische Republik rüsteten. Von der Generalität, die die Dolchstoßlüge erfand, und ihre eigene Unfähigkeit dahinter versteckte, über die Bürokratie in große Teile der Industrie und der Großgrundbesitzer hinein, denen der soziale Fortschritt der Arbeiterschaft und die Verständigungspolitik des bekehrten Außenministers Stresemann ein Dorn im Auge waren. "Stresemann verweise man", war die Antwort der ewig Gestrigen, die dann das deutsche Volk in die schaurige Nähe der Verwesung brachten. Die Hitler-Bewegung, zunächst ein Haufen von Abenteurern und deklassierten, durch die Inflation enteigneten Mittelständlern, wurde schon sehr früh von Herrn von Kirdorf und seinen Freunden als der rettende Engel angesehen und großgepöppelt.

- 6 -

Als Hitler schließlich die Macht erschlichen hatte und im Reichstag offen die Zustimmung zu seinem Verfassungsbruch verlangte, stimmten alle bürgerlichen Parteien, auch die des Herrn Adenauer, für das Ermächtigungsgesetz. Dieses jämmerliche Versagen in entscheidender Stunde des deutschen Volkes, dieses Versagen der Intelligenz und des Charakters sollte heute vergessen sein?

Die Sozialdemokraten, schon längst durch Verhaftungen ihrer Führer geschwächt, stimmten nicht nur gegen das Gesetz, das Recht und Freiheit liquidierte; der Vorsitzende der Partei, Otto Wels, hielt angesichts der braunen Meute im Reichstag eine klare, würdige und entschiedene Anklagerede gegen das Regime des Terrors.

Die Sozialdemokraten waren unter den demokratischen Parteien die meistgejagten Opfer des Regimes. Erst sehr viel später, nachdem die bürgerlichen Parteien merkten, daß Hitler sich nicht "zähmen" ließ, kam auch von dort Widerstand gegen das Regime auf. Der Krieg, von den Sozialdemokraten klar als die unvermeidliche Begleierscheidung der Hitler-Herrschaft vorausgesehen, kam. Und die von den Sozialdemokraten vor 1933 ausgegebene Parole "Wer Hitler wählt, wählt den Krieg", hat sich furchtbar bewahrheitet. Nun war Deutschland seinem Untergang noch näher als im Jahre 1918.

#### Politik nach 1945....

Auch nach dem Zusammenbruch 1945 ließ man die Sozialdemokraten und die Arbeiterschaft das größte Werk der Aufräumarbeiten tun. In den Landgemeinden und in den Städten und in der Industrie war es die Arbeiterschaft, die unverdrossen sofort ans Werk ging und jahrelang mit der erbärmlichen Kaufkraft der durch Hitler und den Krieg zerstörten Reichsmark neben diesem Aufbauwerk ein Hungerdasein fristete. Die Bewältigung der riesigen Mengen von Heimatvertriebenen, ihre Unterbringung, war auch das Werk unzähliger sozialdemokratischer Gemeindevertreter. Der kommunistische Ansturm in der Bundesrepublik wurde unter der Führung Dr. Kurt Schumachers entschieden abgewehrt (obwohl Stalin ein "Alliiertes" war!). Auch der Aufbau der Verwaltung in den Ländern war zu einem großen Teil sozialdemokratische Initiative, Geschicklichkeit und Tatkraft zu verdanken. Den Kampf gegen die Demontage im Ruhrgebiet führte im wesentlichen der sozialdemokratische Wirtschaftsminister des Landes, Professor Erik Nölting, mit Unterstützung der Arbeiterschaft und der Betriebsräte. Erst als dies alles geschafft war, und den kleinen Sparern zum Dank dafür durch die Währungsumstellung ihre Spargelder "wegreformiert" worden waren und den großen die Kapitalien erhalten geblieben sind, gab es Beratungen über ein vorläufiges Grundgesetz für die drei westlichen Zonen. Ohne die Initiative Dr. Schumachers und der Sozialdemokraten wäre dieses Grundgesetz eine partikularistische Mißgeburt geworden, der Herr Adenauer und seine Freunde schon zugestimmt hätten. Die Bundesrepublik wäre nicht ein Bundesstaat, sondern ein loser Staatenbund geworden. Die Sozialdemokraten erreichten durch ihren Widerstand am 20. April 1949, daß die Alliierten die größten Mängel dieses Entwurfs beseitigten. Statt sich dafür bei den Sozialdemokraten zu bedanken, beschimpfte Herr Adenauer sie, weil er anderer Leute Erfolge nicht zugeben kann.

Der Lostrennung des Saargebietes gegenüber hat Adenauer immer eine zweideutige und zum Schluß eine eindeutige Haltung eingenommen, als er kurz vor der Abstimmung über das Saarstatut die Saarbevölkerung aufforderte, für das Statut zu stimmen, während man es anderen bundesrepublikanischen Politikern übernahm, daß sie ihrerseits Parolen gegenteiligen Inhalts verbreiteten. Das Saargebiet ist also trotz Adenauer wieder zur Bundesrepublik gekommen. Die Wiedervereinigung mit Mitteldeutschland ist bei ihm in ebenso ungeeigneten Händen. Die Aufrüstung der Bundesrepublik in den Formen, wie sie schließlich von Adenauer und seinen Freunden beschlossen wurde, hat die Sicherheit des "Westens" nicht erhöht, die im Bomben-Potential der USA liegt und immer lag, aber sie hat die Wiedervereinigung Deutschlands einfach blockiert. Sein Gerede von der Politik der Macht und der militärischen Stärke, die die Russen schließlich nötigen würden, klein beizugeben, war von Anfang an irrealistisch und wird heute selbst in westlichen militärischen Kreisen als Märchen erkannt. Daß die Weltlage sich mindestens völlig verwandelt hat, seitdem auch die Russen die Wasserstoff-Bombe besitzen und daß daraus eine andere militärische und politische Strategie sich ergibt, bestreitet außer ihm keiner. Das europäische Sicherheitssystem, das die Sozialdemokraten vorgeschlagen und in dem ein wiedervereinigtes Deutschland seinen Platz haben soll, denunziert er wider besseres Wissen als einen Versuch der Sozialdemokraten, die Bundesrepublik aus der Nato herauszulösen und Deutschland zu "neutralisieren". Statt dessen ist er darauf aus, auch die Bundeswehr mit Atomwaffen auszurüsten. Seine Behauptung, das sei jetzt noch nicht aktuell, unterstreicht nur die Gefahr, daß es in zwei Jahren aktuell sein könnte. Offenbar um sich die Hand freizuhalten für solche atomare Bewaffnung, torpedierte er das verfassungsändernde Gesetz, das die "Atomenergie zu friedlichen Zwecken" zum Gegenstand hat, was er als eine unnötige "Vorleistung" ansieht; - als ob es nicht erlaubt sei, als erster dem Frieden zu dienen. Denn das ist klar: Je mehr Völker Atombomben besitzen, umso gefährdeter ist der Frieden. Hinzu kommt, daß Adenauer damit die notwendigen Vorarbeiten zur Ausrüstung der deutschen Wirtschaft mit Einrichtungen zur friedlichen Verwendung der Atomenergie verzögert.

#### ..... und ihre Auswirkungen

Dies alles sind in wesentlichen Maßnahmen einer Politik, die in Moskau mit Wohlgefallen gesehen wird. Denn solange sie betrieben wird, solange hat Moskau eine willkommene Ausrede, mit einem Achselzucken über Vorschläge zur Wiedervereinigung Deutschlands hinwegzugehen, und solange sind auch die Herren Ulbricht und Grotewohl in ihrem Amt gesichert. Ist es ein Wunder, daß sie Herrn Adenauer für seine Wahl Schützenhilfe leisten, indem sie die Mär verbreiten, die Adenauer freudig aufgreift, Moskau wünsche einen Wahlsieg der Sozialdemokraten? Dabei wiß man in Moskau so gut wie anderswo, daß der Kommunismus im selben Maße an Boden verliert, in dem sozialistische Forderungen durchgesetzt werden. Überall, wo es starke demokratisch-sozialistische Parteien und freie Gewerkschaften gibt, sind die Kommunisten einflußlose Sekten geworden. Das zeigt die Entwicklung in den skandinavischen Ländern, in England und in der Bundesrepublik - und umgekehrt in Italien und Frankreich. Und an einer solchen Entwicklung sollten die Moskauer Machthaber interessiert sein?

Adenauers Rüstungspolitik bringt keine Sicherheit für die Völker, sondern gefährdet durch die mögliche Ausstattung der Bundeswehr mit Atombomben den Frieden, weil damit das Signal auch für andere Völker gegeben wird, sich atomare Bewaffnung zuzulegen.

Sie schiebt die Wiedervereinigung Deutschlands aufs tote Gleis.

Die Wirtschaftspolitik, die schamlos das vom ganzen Volk gesparte Kapital der Industrie auf dem Wege der "Selbstfinanzierung" in die privaten Taschen schiebt, gibt ein Vorbild für den wachsenden Materialismus mit dem materiellen Lebensstandard als Lebensideal. Die Parole ist: "Bereichert Euch!" Und die - steuerbegünstigten - Millionenspenden der Industrie für die Partei Adenauers zeigen, welche Interessen er vertritt.

Die Kulturpolitik ist in Adenauers Händen nur ein Instrument, bestehende weltanschauliche Unterschiede zur Vergiftung der politischen Atmosphäre zu benutzen.

Auf die Dauer kann von diesem bedenkenlosen Mißbrauch der Macht nur einer profitieren, der das noch gründlicher versteht: der Totalitarismus der Kommunisten und Faschisten.

Erschienen im Augustheft von "Geist und Tat"

+ + +

#### Mehrere hunderttausend Mark ....

Der Korruptionsskandal im Koblenzer Beschaffungssamt scheint viel größer zu sein, als aufgrund der bisherigen Veröffentlichungen angenommen werden konnte. Um welche große Summen es sich hier handelt, geht aus einer etwas beiläufig gemachten Bemerkung des für die Beschaffung verantwortlichen Ministerialdirektors im Bundesverbindungsministerium Rentrop am Freitag vor der Presse hervor. Danach sind von den "betreffenden Firmen" seit der Bekanntwerden dieses Skandals mehrere Hunderttausend Mark zurückgezahlt worden. Insgesamt sind daran 50 Firmen beteiligt. Jeder Mann kann sich ausrechnen, wie hoch die Beträge für die versuchte und in vielen Fällen gelungene Bestechung von Angestellten und Beamten des Beschaffungssamtes sein müßten.

Noch etwas anderes ging aus den etwas verniedlichenden Mitteilungen des Ministerialdirektors hervor. Sie bestätigten die Warnungen und Befürchtungen der Opposition vor den moralischen und finanziellen Schäden eines forcierten Aufbaues der Bundeswehr, vom militärischen Aspekt ganz abgesehen. Die personelle Besetzung in Koblenz ist völlig unzureichend; außerdem wurde gerade nicht immer eine glückliche Wahl bei der Auswahl der Bewerber getroffen. Die Folgen solcher strukturell bedingten Defekte konnten nicht ausbleiben.

Wenn jetzt endlich die Schaffung eines Dezernats zur Bekämpfung von Korruption eingerichtet wird, so ist das eine Maßnahme, die schon längst durchgeführt hätte werden müssen. An Aufforderungen hierzu hat es in der Öffentlichkeit in den letzten Jahren nicht gefehlt.

+ + +